Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Redaction eingesandte Manuscripte wird sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 50. Mittwoch den 19. Februar 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Sechzig Mark Belohnung.

Am Sonntag, den 16. Februar dss. Js., sind im hiesigen Rosenthale in unmittelbarer Nähe der Waldstraßenbrücke ein Rehbock und ein Reh von einem **Jagdfrevler** unter Anwendung eines Gewehres, wahrscheinlich einer mit Schrißbaumwolle geladenen Stockflinte, erlegt **worden**. Da bereits am 24. Januar d. J. ein ähnlicher Fall sich ereignet hat, so ersuchen wir Jedermann, welcher Wahrnehmungen über den Thäter gemacht hat, dies sofort bei unserer Criminalabtheilung oder auf der nächsten Bezirkswache zu melden, und sichern demjenigen, auf dessen Angaben hin die Ermittelung des Thäters erfolgen kann, obige **Belohnung** zu.

Leipzig, am 18. Februar 1890.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. B.

Bekanntmachung.

Das unbefugte Betreten des östlich der Gohlisser Straße gelegenen **Exercirplatzes** wird hiermit verboten.

Zuwiderhandelnde haben Geldstrafe bis zu **60 Mark** oder entsprechende Haft zu gewärtigen.

Leipzig, den 14. Februar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 74. Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung,

die Entrichtung des Schulgeldes in den am 1. Januar 1890 einverleibten Vororten betr.

In den am 1. Januar 1890 einverleibten Vororten **Volkmarsdorf, Neuschönefeld, Neustadt, Sellerhausen, Thonberg, Reureudnitz, Eutritzsch** und **Gohlis** sind mit dem Tage der Einverleibung die in der Stadt Leipzig geltenden **Schulgeldsätze** und **Vorschriften** über Entrichtung, Erhebung und Beitreibung des Schulgeldes in Kraft getreten. Hiernach beträgt **das Schulgeld** bei den **Bürgerschulen jährlich 18 ℳ** und bez. **34 ℳ für Auswärtige,** bei den übrigen **Volksschulen jährlich 4 ℳ 80 ₰.**

Dasselbe ist in **vierteljährlichen Terminen vorausbezahlungsweise** und zwar

in den Stadtbezirken **Volkmarsdorf, Neuschönefeld, Neustadt** und **Sellerhausen**
in der Hebestelle im **Rathhause zu Volkmarsdorf,**
in den Stadtbezirken **Thonberg** und **Reureudnitz**
in der Hebestelle im **Rathhause zu Reudnitz,**
im Stadtbezirke **Eutritzsch**
in der Hebestelle im Rathhause **daselbst,**
im Stadtbezirke **Gohlis**
in der Hebestelle im **vormaligen Gemeindeamt daselbst**

zu entrichten.

Gegen Säumige wird nach Ablauf von 4 Wochen vom Zahlungstermine — 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. October — ab gerechnet, das Erinnerungs- bez. Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet.

Leipzig, den 12. Februar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lehnert.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit **vom 10. bis mit 16. dieses Monats** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18.2fache der Leuchtkraft der deutschen Normallerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,449.

Leipzig, am 18. Februar 1890.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig-Stadt.

Sitzung Mittwoch, d. 19. Febr., Abends 6 Uhr im Saale der 1. Bürgerschule.

Tagesordnung: 1) Registrande.
2) Neuwahl des 1. Vorsitzenden.
(Der Wahlact wird punct 7 Uhr geschlossen.)

Dr. Blaas.

Holz-Auction

auf Zwenkauer Staatsforstrevier.
Freitag, den 14. März dss. Js.,
von Vormittags 10 Uhr an

sollen folgende, im Threnberger Walde des Zwenkauer Forstreviers in den Abtheilungen Kunzsch und Hähnichen Holz Nr. 59a, 60a, 74b und 75 aufbereitete Nutzhölzer, als:

99 Stück eich. Klöpper v. 11—100 cm Ober-resp. Mittenst. 2—6 m lang,
41 „ weißbuch. „ „ 12—36 „ „ „ „ 2,5—6 „ „
50 „ eichene „ „ 10—34 „ „ „ „ 3—6 „ „
20 „ ahornene „ „ 10—22 „ „ „ „ 3—4,5 „ „
94 „ rüsterne „ „ 10—43 „ „ „ „ 3—7 „ „
68 „ erlene „ „ 12—36 „ „ „ „ 2,5—6 „ „
27 „ espene „ „ 11—22 „ „ „ „ 3—4 „ „
562 „ fichtene Derbstangen, 8—15 cm stark, 7—9 m lang,
65 „ „ Reisstangen, 6 u. 7 „ „ 5 u. 6 „ „
1 rm eichene Rugscheite

(Zahlstelle im Gasthofe zu Gundorf),

sowie

Sonnabend, den 15. März dss. Js.,
ebenfalls von Vormittags 10 Uhr an

folgende ebenfalls aufbereitete Brennhölzer, als:

76 rm eichene Brennscheite,
1 „ Schorne „
11 „ eichene Faden,
282 „ hartes Brennreisig,
2 „ weiches „
384 harte Bundhaufen

(Zahlstelle im Gasthofe zu Hähnichen)

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den vor Beginn der Auction bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Zusammenkunft an beiden Tagen im Kunzsch auf dem Schlage Nr. 60a am Gundorf-Hähnichener Communications- und Wasserwege beim Pfannegarten.

Auskunft ertheilt die unterzeichnete Revierverwaltung.

Königliche Forstrevierverwaltung Zwenkau und Königliches Forstrentamt Wurzen, am 12. Februar 1890.
Lomler. Seißler.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 22. Februar a. c., von Vormittags 10 Uhr an sollen im Geschäftszimmer des **Proviant-Amtes Leipzig,** Pleißenburg, Thurmhaus, 2. Stockwerk,

1 Partie Roggenkleie und Kehrmehl

öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung verkauft werden.

Leipzig, den 15. Februar 1890.

Königliches Proviant-Amt.

Thomasschule.

Die für die Sexta angemeldeten Schüler haben sich Mittwoch, den 26. Februar, Vormittags ½9 Uhr zur Prüfung einzufinden.

Leipzig, am 14. Februar 1890.

Dr. Jungmann.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Beginn des 60. Schuljahres am 14. April d. J. Die Reifezeugnisse der höheren Abtheilung der Anstalt (dreijähriger Cursus) berechtigen zum Einjährig-Freiwilligendienst.

Für junge Leute, welche sich den Berechtigungsschein zum Einjährig-Freiwilligendienste erwerben haben, ist ein **fachwissenschaftlicher Cursus** von Jahresdauer bei 34 Lehrstunden in der Woche eingerichtet. Unterricht in allen Zweigen der Handelswissenschaft. Französische und englische Sprache obligatorisch, italienische und spanische Sprache facultativ, Schulgeld 240 ℳ für das Jahr.

Anmeldungen erbittet sich der Unterzeichnete in den Wochentagen von 11—12 Uhr.

Leipzig, im Februar 1890.

Carl Wolfrum, Director.

Auf die Schanzen!

* Es ist nunmehr die höchste Zeit, daß alle reichstreuen Bürger zu den Waffen greifen und auf den Kampfplatz eilen, um das bedrohte Vaterland zu schützen und zu schirmen. In den nächsten Stunden vollziehen sich so folgenschwere Geschicke für unser Deutsches Reich, daß Keiner, in dessen Brust der patriotische Gedanke wohnt, gleichgültig und untätig bei Seite stehen kann. Der schwere Kampf, welchen wir am Donnerstag zu bestehen haben, gilt nicht dem äußeren Feinde, wohl aber ist ein innerer Feind zu bekämpfen, welcher mit vollem Bewußtsein darauf ausgeht, unser ganzes nationales Leben zu zerspließen und zu zerstören. Diesen inneren Feind so aufs Haupt zu schlagen, daß er sich für längere Zeit wieder in seine Schlupfwinkel zurückziehen muß, das ist die Aufgabe und Bedeutung des 20. Februar.

Wir haben schon längst die Anschauung aufgegeben, daß diejenigen Parteien, welche in so fanatisch feindseliger Weise gegen unser Deutsches Reich und gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung wüthen, welche kein Mittel unversucht lassen, um einen mit Anarchie gleichbedeutenden Zustand herbeizuführen, durch gütliches Zureden und thatsächliches Entgegenkommen eines Besseren belehrt werden können. Jeder Tag bringt neue Beweise, daß in dieser Beziehung Hopfen und Malz verloren ist. Wer wollte nicht, daß es anders wäre! Wenn in den Kreisen unserer Arbeiter die Vernunft noch Boden fände, wenn man dort den Verstand zu Rathe zöge, so würden sich gewiß noch Mittel und Wege finden lassen, um den häßlichen Kampf, der jetzt Deutschlands bürgerliches Leben entzweit, seiner betrübendsten Erscheinungen zu entkleiden und ihn auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Die Zeiten, in welcher von einer Bedrückung des Arbeiterstandes die Rede sein konnte, sind längst vorüber, heute wetteifert man von allen Seiten, dessen Lage durch alle irgend erdenklichen Maßregeln zu verbessern. Im Reichstag, in den Landtagen hat man sich die ganzen Jahre daher mit der Fürsorge für die Arbeiter beschäftigt und ungeheure Lasten sind auf die Schultern der Gesammtheit der Staatsbürger gelegt worden, um der Arbeiterbevölkerung ein besseres Loos zu bereiten. Die Interessen der übrigen Bevölkerungsclassen, namentlich diejenigen des sogenannten Mittelstandes, dessen Verhältnisse gar häufig zu berechtigter Unzufriedenheit Anlaß geben, sind dabei völlig in den Hintergrund getreten. Was hat das aber alles bis jetzt geholfen? Nichts, rein gar nichts, im Gegentheil, die socialdemokratische Partei steht heute als derselbe unversöhnliche Feind dem Staate und den staatserhaltenden Parteien gegenüber, sie verhöhnt und bekämpft alle von diesen getroffenen Arbeiterschutzmaßregeln, sie schürt, hetzt und verdächtigt fort und fort in der alten Weise, sie erhebt den Anspruch, zur Herrschaft und Regierung zu gelangen. Der gegenwärtige Wahlkampf wieder ist der klarste Beweis, daß ein friedliches und versöhnliches Verhalten und Zusammenleben mit der Socialdemokratie unmöglich ist, denn diese verlangt nichts weniger, als die vollständige Unterwerfung des jetzigen Staates und aller seiner Einrichtungen unter die Herrschaft der socialdemokratischen Republik. Unter solchen Umständen bleibt daher gar nichts anderes übrig, als daß auch der Socialdemokratie gegenüber jede Rücksicht aufhört, daß auch ihr die Zähne gezeigt werden. Und dazu bietet der Wahltag eine völlig geeignete Gelegenheit.

Bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1887 hat es sich klar gezeigt, daß, namentlich auch was unser engeres Vaterland Sachsen anbetrifft, die reichsfeindliche Umsturzpartei nirgends das numerische Uebergewicht besitzt. Es ist noch in frischer Erinnerung, wie damals in Folge der großen Betheiligung der Ordnungsparteien am Wahlkampfe mit einem Ruck die sämmtlichen socialistischen Abgeordneten aus ganz Sachsen entfernt wurden. Warum sollte Das, was damals möglich war, nicht auch heute wieder geschehen können? Die einzige Bedingung hierzu ist und wir sagen das immer und immer wieder, daß am nächsten Donnerstag alle reichstreu gesinnten Wähler ihre Stimmen für die Candidaten der Ordnungsparteien abgeben und dabei unter keinen Umständen aus den Augen lassen, daß es nur zwischen zwei Dingen zu unterscheiden gilt — entweder die verbündeten Ordnungsparteien oder die Socialdemokratie. Jeder Wähler, der gesonnen sein sollte, einen Stimmzettel für eine andere Partei, mag sie sich deutschsocial, deutsch-freisinnig oder demokratisch nennen, würde ebenso gut handeln, wenn er den Zettel in das Wasser würfe.

Wir wollen hinsichtlich dessen, was am 20. Februar auf dem Spiele steht, nur noch an Eins erinnern. Unter der Herrschaft des im Jahre 1884 gewählten und zu Ende des Jahres 1888 aufgelösten Reichstages war es thatsächlich so weit gekommen, daß man von der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes überall nur mit Hohn und Spott sprach. Die Herren Windthorst, Eugen Richter und Liebknecht, welche damals über die Mehrheit des Reichstages verfügten, hatten die Dinge dermaßen auf die Spitze getrieben, daß der Reichstag nur noch das Zerrbild des deutschen Volkswillens war und in keiner Weise mehr seiner Aufgabe, einer der Träger des Reichsgedankens und der Stützen der Reichseinheit zu sein, genügen konnte. In dieser Zeit waren es die deutschen Regierungen allein, welche das Reich stützten und für seine gedeihliche Fortentwickelung eintraten. Fürst Bismarck hat damals mit beweglichen Worten auf diesen Umstand hingewiesen und dem Reichstag ein Spiegelbild seiner antinationalen Haltung vorgehalten. Ja, es gab eine Zeit, in welcher sehr ernstlich die Rede davon war, daß, da der Reichstag seine Dienste versage, nichts übrig bleibe, als die Einzellandtage an seine Stelle treten und für die Bedürfnisse des Reiches sorgen zu lassen. Dieser großen Gefahr für unser junges deutsches Staatswesen wurde durch die Auflösung des Reichstages und die Wahl des sogenannten Cartel-Reichstages vorgebeugt, welcher der deutschen Volksvertretung wieder zu dem ihr gebührenden Ansehen verhalf. Wie nun, wenn am nächsten Donnerstag wieder ein Rückschlag erfolgen, wenn wieder ein Reichstag gewählt werden sollte, wie ihn die Herren Bebel und Liebknecht für ihre Zwecke gebrauchen können? Die Stellung der deutschen Fürsten und Regierungen hat sich nicht verändert, im Gegentheil, sie bieten ein ungetrübtes Bild der Einigkeit und Reichstreue, sie schaaren sich sammt und sonder um unsern Kaiser. Würde es nicht das deutsche Volk und sein Interesse auf das Tiefste schädigen heißen, wenn aus den Neuwahlen ein Reichstag hervorgehen sollte, welcher seine Aufgabe darin erblickt, dem Kaiser und den Bundesregierungen systematisch entgegenzutreten und die Grundlagen des Reichs, insonderheit die Heeres- und Wehrverfassung, aufs Neue in Frage zu stellen? Die Reichsmaschine würde nicht stillstehen, denn dafür würden schon der Kaiser und der Bundesrath sorgen, die Gott sei Dank eine ausschlaggebende Stellung einnehmen, aber die Würde und das Ansehen des Reichstages würden tief leiden und weite Volkskreise sich an den Gedanken gewöhnen, daß es auch ohne den Reichstag geht. Nur Diejenigen, welche nicht für Forterhaltung der bestehenden Volksrechte sind, können daher wünschen, daß ein oppositioneller Reichstag gewählt wird. Welchen Eindruck es aber auf unsern Kaiser machen müßte, wenn ihm seine rastlose Thätigkeit für das Wohl und Gedeihen des Reiches, seine unermüdliche Arbeit im Dienste des europäischen Friedens, seine unablässige Fürsorge für die innere Wohlfahrt des deutschen Staatswesens damit entgolten werden sollte, daß ihm die deutschen Wähler einen reichsfeindlichen Reichstag nach Berlin senden, darüber kann sich wohl Jeder ein Bild selbst machen. Im politischen Leben soll man zwar auf Dank und Anerkennung nirmals rechnen, einen solchen Undank würde aber unser Kaiser gewiß nicht verdient haben.

Und nun, alle Ihr patriotisch denkenden Wähler, auf die Schanzen! Zeigt dem anstürmenden Feind, daß noch Kraft und Muth zur Genüge in Euch wohnen, um sein frevelhaftes Beginnen mit aller Energie zurück zu weisen. Sorgt dafür, daß auch der 20. Februar des Jahres 1890 als ein Ehrentag in die deutsche Geschichte eingetragen werden kann. Ist erst diese eine Schlacht gewonnen, dann wird sich in fünfjährigem Zeitraum ermessen lassen, was weiter zu des Reiches Befestigung und Wohlergehen zu geschehen hat.

Die französischen Ersatzwahlen.

Die Wahlen zum Ersatz der ungiltig erklärten Mandate, welche in Frankreich am 16. Februar stattfanden, haben ein für die Regierung und für die Republikaner sehr unerfreuliches Ergebniß gehabt, denn unter den Gewählten befinden sich nicht weniger als fünf Boulangisten und ein sechster gelangt zur Stichwahl, darunter Hauptvertreter der Partei, wie Naquet, Laur und Mery, dieselben Abgeordneten, deren Wahlen für nichtig erklärt wurden. Es ist klar, daß diese Wiederwahlen als Beweise tendenziöser Wahlvernichtungen von den Boulangisten geltend gemacht werden und dafür, daß Boulanger noch wie vor einen nicht unbeträchtlichen Theil der Franzosen hinter sich habe. Dieser letztere Schluß ist aber offenbar unrichtig, Boulanger's Rolle ist und bleibt ausgespielt, und wenn jetzt die monarchisch gesinnten Wähler in den Bezirken, in denen boulangistische Candidaten aufgestellt waren, für diese gestimmt haben, so sind diese Stimmen nicht für Boulanger, sondern gegen die Republik abgegeben, denn Boulanger galt den Anhängern der Monarchie immer nur als Mittel, um die Republik zu stürzen, als Vorläufer eines Kaisers oder Königs, niemals als Candidat für den französischen Thron. Was er selbst gedacht und gehofft hat, ist eine andere Frage, und man darf es wohl als sicher annehmen, daß seine hochfliegenden Pläne die eigene Person als den zukünftigen Inhaber des französischen Thrones voraussetzten. Ebenso sicher ist aber, daß Prinz Victor Napoleon und der Graf von Paris darüber anderer Meinung waren, wie das jüngste Auftreten des Herzogs von Orleans in Paris dargethan hat. Die „Estafette" hat diesen Sachverhalt auch richtig erkannt, wenn sie erklärt, daß der Herzog von Orleans den Boulangisten zahlreiche Stimmen zugeführt hat.

Was die Boulangisten bei ihren Zusammenkünften berathen und beschlossen haben, bezieht sich immer nur auf die Schritte, welche gethan werden sollten, um die Macht in die Hände zu bekommen, die Opportunisten aus ihrem Besitzstande zu verdrängen und die sogenannte nationale Republik an die Stelle der parlamentarischen zu setzen. Das Uebrige hätte sich dann von selbst gemacht, wenn Boulanger wieder in der Kammer erschienen wäre und seine Sache selbst hätte führen können. Aber Boulanger war eben nicht der Mann zur Durchführung eines wohl vorbereiteten, aber gefährlichen Planes, er schreckte vor den letzten Consequenzen seiner Handlungsweise zurück. Als der Tag erschien, wo den Worten Thaten folgen sollten, ergriff er feige die Flucht und gab damit alles preis, was er durch seine Prahlerei und seine Unverschämtheit erreicht hatte, seine Anhänger hatten das Nachsehen und konnten sich für ihren in Sicherheit befindlichen Chef herumschlagen und seine Sache in der Kammer weiter führen. Der Minister Constans ist gewiß ein muthiger und thatkräftiger Mann, aber es ist doch sehr zweifelhaft, ob er es gewagt hätte, den Abgeordneten der Stadt Paris am 3. April v. J. verhaften zu lassen, wenn dieser es nicht vorgezogen hätte, am Tage zuvor nach Brüssel zu entweichen. Die ganze Entwickelung hätte in Frankreich eine andere Wendung genommen, wenn Boulanger den Nimbus, welchen er um sich zu verbreiten verstanden hatte, nicht selbst wieder zerstört hätte.

Boulanger hat durch seine Feigheit am Meisten diejenigen geschädigt, die ihm vertraut und ihre Person und ihr Geld in seinen Dienst gestellt hatten, und der Lärm, den die boulangistischen Abgeordneten bei jeder Gelegenheit, besonders aber beim Auftreten Joffrin's als Redner in der Kammer verübt haben, fällt zum großen Theil auf Rechnung des Aergers, den sie über Boulanger's unmännliches und in jeder Beziehung zweckwidriges Betragen empfunden haben mögen. Für die boulangistischen Abgeordneten, welche ihres Mandats für verlustig erklärt wurden, hatte das Erscheinen des Herzogs von Orleans in Paris die Bedeutung einer befreienden That, es hat ihnen die Stütze, welche ihnen Boulanger's Charakterlosigkeit entzogen hatte, und das schon sehr locker gewordene Band, welches sie mit den Interessen der Monarchisten verknüpfte, wurde dadurch wieder fester geschlungen. Boulanger in England hatte für sie nach der Wendung, welche seine Sache genommen hatte, keinen Werth mehr, sie standen rath- und führerlos da und hätten vielleicht selbst auf die Wiederwahl verzichtet, wenn sich nicht in dem Herzog von Orleans ein Mann gefunden hätte, der ihnen wieder einen Rückhalt für neue Actionen in der Kammer gewährte.

Die republikanischen Blätter sind durch die Pariser Wahlen enttäuscht, sie hatten gehofft, daß sich die Wähler der Hauptstadt von den Boulangisten abwenden würden, aber Paris ist mit den bestehenden Zuständen nicht zufrieden, sonst hätte es andere Personen auf den Schild gehoben und würde entschieden für die Aufrechthaltung der Republik eingetreten sein. Der gegenwärtige Zustand in Frankreich ist kein fester und gesunder, das Gefühl des Schwankens und der Unsicherheit macht sich überall bemerkbar, man hat weder Vertrauen auf die Regierung, noch auf die Mehrheit in der Kammer, man spricht viel von bevorstehenden Veränderungen im Schoße des Ministeriums, Constans ist schon längst als Candidat für den Gouverneurposten in Algier genannt, Méline soll Tirard ersetzen. Die Frage der Erneuerung oder Beseitigung der Handelsverträge hat Frankreich in zwei feindliche Lager gespalten, die einen reden dem Schutzzoll das Wort, die andern wollen an dem Bestehenden festhalten wie der Senator Challemel Lacour, der in diesem Sinne schon öfter seine Stimme erhoben hat, wenn auch bei anderen Anlässen. Dieser Mann hatte einst das Kind beim rechten Namen genannt, er eiferte gegen die Zerfahrenheit, gegen die Gedankenlosigkeit, gegen die Zerstörungswuth und gegen die Uneinigkeit seiner Landsleute und ermahnte sie, wieder zu sich zu kommen und sich selbst wieder zu finden.

Das sind aber vergebliche Anstrengungen, die natürliche Entwickelung eines Volkes läßt sich dadurch nicht hemmen. Frankreich krankt an den Folgen seiner Vergangenheit, es wird zwischen Verzweiflung und Uebermuth hin und her geworfen und ergreift jeden Anlaß begierig, um aus der Lage herauszukommen, die es sich selbst bereitet hat, auch auf die Gefahr hin, dadurch in eine noch weit schlechtere Lage zu gerathen. Beim Erscheinen der Stoffel'schen Broschüre konnte man erkennen, wie die Franzosen eigentlich gesonnen sind, das Wort: „Mit Lebelgewehre und viele entschlossene Soldaten, das Uebrige findet sich von selbst" war der getreue Ausdruck ihrer Empfindungen, und der Advocat, welcher bei der Vertheidigung des Herzogs von Orleans sagte, daß Frankreich sich glücklich schätzen könnte, wenn es in der Stunde der Gefahr viele solche Leute sein eigen nenne wie den Herzog von Orleans, traf denselben Ton.

Die Ersatzwahlen vom 16. Februar sind ein neues beachtenswerthes Zeugniß der Thatsache, daß sich Frankreich nicht wohl fühlt, daß es sich nach einer Veränderung sehnt und daß ihm an einer ruhigen stetigen Entwickelung nicht viel gelegen ist. Die Franzosen haben von jeher das Bedürfniß gefühlt, eine Rolle zu spielen. Auf friedlichem Gebiete ist ihnen das im vergangenen Jahre gelungen, sie haben mit der Weltausstellung einen entschiedenen Erfolg errungen, aber solche Lorbeeren genügen ihnen nicht für die Dauer, sie wollen auch politisch tonangebend hervortreten, und daß glauben sie nur dadurch erreichen zu können, daß ein Mann die Zügel der Regierung ergreift, der die ganze Kraft des Landes in seiner Hand vereinigt. Boulanger ist der Mann nicht, darüber sind sie zur Klarheit gekommen, aber vielleicht wäre der Herzog von Orleans geeignet, die Wünsche der Franzosen zu befriedigen. Diese Frage klingt auch durch die letzten Ersatzwahlen hindurch.

Leipzig, 19. Februar.

* Mit der Ernennung des Staatssecretairs (Chef des Staatssecretariats) für den preußischen Staatsrath wurde bekanntlich zugleich am 11. Februar ein Stellvertreter desselben ernannt, eine Stellung, welche 1884 gar nicht vorhanden war. Außerdem ist dem Chef des Staatssecretariats noch der ständige Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern, Regierungsrath Dr. Wilhelmi, beigegeben, welcher bei der feierlichen Eröffnung des Staatsrathes am Freitag, den 14. Februar, ebenfalls zugegen war. Damit ist wohl der frühere Gebrauch wieder eingetreten, daß für den Staatsrath ein eigenes Bureau gebildet wird, wie es vor dem Jahre 1854 stets der Fall war. Im Jahre 1884 trat der Staatsrath nach seiner Reactivirung im Juni zu seiner ersten Plenarsitzung im Congreßsaale des Reichskanzler-Palais zusammen. Erst später wurden ihm Räumlichkeiten im Schlosse überwiesen. Der letzte Staatssecretair im Jahre 1854 war der Geh. Ober-Justizrath Bode.

* Der Bundesrath hat den neulich erwähnten Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen, betreffend die Rechtsverhältnisse der Professoren an der Kaiser Wilhelm-Universität Straßburg mit einer Reihe von Verbesserungen angenommen. Vielfach sind dieselben nur von redactioneller Bedeutung. Von größerer Wichtigkeit sind die folgenden:

„Zur Einholung der in §. 12 Absatz 1 des Reichsbeamtengesetzes vorgeschriebenen Genehmigung der vorgesetzten Behörde ist der Professor nicht verpflichtet. Die Behörde kann jedoch die Abgabe unabgerichtlicher Gutachten nach bestimmter Richtung im einzelnen Falle untersagen" ..... Ferner folgende Bestimmungen: „Im Disciplinarverfahren gegen einen Professor treten der Disciplinarkammer zwei ordentliche, nicht emeritirte Professoren der Universität als weitere Mitglieder hinzu. Diese und zwei Stellvertreter derselben werden auf die Dauer der bezüglichen amtlichen Eigenschaft, nach Anhörung des Senats der Universität, gemäß §. 93 des Reichsbeamtengesetzes gewählt, ernannt und verpflichtet. An der mündlichen Verhandlung und Entscheidung in den einzelnen Disciplinar-